

An die Hessische Landesregierung

Darmstadt, 12. Juni 2006

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Koch,
sehr geehrter Herr Minister Corts,
sehr geehrter Herr Minister Dr. Riehl,
sehr geehrte Damen und Herren der Hessischen Landesregierung,

vor kurzem hat der Bundestag im Rahmen des Haushaltbegleitgesetzes beschlossen, die sog. Regionalisierungsmittel in den kommenden Jahren drastisch zu kürzen. Sollten diese Pläne umgesetzt werden, drohen massive Einschnitte in den öffentlichen Personennahverkehr, mit nicht absehbaren negativen Auswirkungen für das RMV-AStA-Semesterticket und damit die studentische Mobilität. Da Kürzungen jedoch nicht ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft treten können, fordern wir Sie hiermit auf, die Kürzungen im Bundesrat zu verhindern.

Der RMV hat für den Fall des kompensationslosen Wegfalls der Regionalisierungsmittel bereits angekündigt, dass es zu massiven Preissteigerungen kommen wird. Wir befürchten, dass davon auch das Semesterticket betroffen sein wird. Vor dem Hintergrund der ohnehin angespannten Lage studentischer Finanzen und insbesondere in Zusammenhang mit den derzeit von Ihrer Seite geplanten allgemeine Studiengebühren, ist eine Erhöhung nur sehr schwer vermittelbar und daher auf hochschulpolitischer Ebene kaum durchsetzbar. Eine Preiserhöhung würde das Semesterticket-Solidarmodell somit bezüglich Akzeptanz und Rechtssicherheit vor große Probleme stellen. In der Summe der Effekte befürchten wir ein Scheitern des Semesterticket-Solidarmodells.

Doch selbst wenn diese ultima ratio nicht eintritt, so wird die studentische Mobilität durch die vom RMV bereits angekündigten deutlichen Leistungseinschränkungen entscheidend geschwächt. Nicht nur der Weg zur Hochschule wird langwieriger und

schwieriger, auch die von Ihnen im Rahmen von Hochschulkooperationen und des hessischen Hochschulraums geforderte Mobilität der Studierenden zwischen den Hochschulstandorten wird damit entscheidend geschwächt. Zu allem Überflus wird auch die von vielen benötigte Mobilität zum Lebenserwerb neben dem Studium, die eine immer größer werdende Relevanz hat, eingeschränkt.

Ihre Einzelmeinung, dass die geplanten Kürzungen unmittelbar durch Effektivitätssteigerungen im ÖPNV aufgefangen werden können, teilen wir aus fachlicher Sicht nicht. Dafür lassen allein schon die vorhandenen Rahmenbedingungen mit laufenden Verträgen und Konzessionen, aber auch rein operatorisch bezüglich Personalaufwand, Ausschreibungsfristen, Vergabefristen und ggf. folgenden Rechtsunsicherheiten durch klagende Ausschreibungsteilnehmer, keinen Spielraum. Das aktuelle Beispiel der Bahnlinie Aschaffenburg-Darmstadt-Wiesbaden, bei dem die Ausschreibung verlängert werden musste, weil nur ein Anbieter in der Kürze der Zeit in der Lage war die benötigten Fahrzeuge zu stellen, ist Ihnen sicher geläufig.

Darüber hinaus ist das von Ihnen anvisierte Einsparpotenzial viel zu hoch beziffert. Unabhängig davon sind wir der Meinung, dass die tatsächlich erreichten Effektivitätssteigerungen wieder dem ÖPNV zugute kommen sollten, wie dies in einigen Kommunen bereits heute erfolgt. Vor dem Hintergrund, der durch das Bundesverkehrsministerium kürzlich veröffentlichte Zahlen ein NKU-Wert von 2,2 für den ÖPNV insgesamt nachgewiesen wird, sollte dies auch Ihnen ein Anliegen sein.

In der Summe der Effekte befürchten wir, dass durch eine Kürzung der Regionalisierungsmittel und den damit verbundenen Einschränkungen für die studentische Mobilität, der Hochschulstandort Hessen gefährdet wird und darüber hinaus die gesamtverkehrspolitischen Erfolge des Semestertickets gefährdet werden. Wir verweisen auf die enormen Veränderungen in den Modal-Split-Werten bei den Studierenden nach Einführung des Semestertickets und den daraus resultierenden Entlastungen für die Verkehrsnetze auf örtlicher und überörtlicher Ebene. Eine Rückkehr zu den Zeiten vor dem Semesterticket und eine Schwächung des ÖPNV insgesamt wird im wesentlichen zu mehr Fahrzeugen auf den Straßen, damit zu mehr Stau und Abgasen und letztendlich zu höheren Aufwendungen für den Bau und Unterhalt von Straßen führen. Der durch die Streichung der Regionalisierungsmittel erreichte Spareffekt wäre damit negiert. Sollte dies eine ideologische Zielsetzung

Ihrer Landesregierung sein, so verweisen wir darauf, dass Sie trotz aller Bemühungen damit keinesfalls die Ziele der Luftreinhaltepläne, der Feinstaubaktionspläne, oder der in Vorbereitung befindlichen Lärminderungspläne erreichen werden, noch Ihr Ziel eines Staufreien Hessens 2015.

Wir hoffen im Sinne der von uns vertretenen Studierenden und der gesamten hessischen Bevölkerung, dass Sie sich der vorgebrachten Argumente gegen die Kürzung der Regionalisierungsmittel öffnen und im Bundesrat entsprechend handeln werden.

Mit freundlichen Grüßen,

- gez. -

- i.A. Felix Weidner -

AStA der TU Darmstadt
AStA der FH Darmstadt
AStA der EFH Darmstadt
AStA der Uni Frankfurt
AStA der Phil-Theol. Hochsch. Sankt Georgen
AStA der Uni Gießen
AStA der FH Gießen
AStA der Uni Marburg
AStA der FH Wiesbaden

Geschäftsführer der Hess. Asten für
den Bereich Verkehr

in Kopie:

- Landtagsfraktionen
- Oberbürgermeister und Landräte im RMV-Gebiet
- Hochschulleitungen der Hochschulen
- RMV